

# 200 demonstrieren gegen Hartz IV

VON CHRISTIAN HENSEN

Mehr als 200 Menschen haben gegen die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung demonstriert. Zu der Protestaktion aufgerufen hatten das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit sowie die Stiftung Volksverein Mönchengladbach. Mit Trillerpfeifen, Holzplakaten und Megafon zogen die Demonstranten von der Brandtskapelle an der Rudolfstraße zum Arbeitslosenzentrum an der Lüpertzender Straße. Von dort aus ging es weiter zum alten Stadttheater an der Hindenburgstraße, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

## „Gerecht geht anders“

Der Boden auf dem Vorplatz war bereits von Mitarbeitern der Gewerkschaft Verdi mit einer „Bodenzeitung“ bepflanzt worden. Auf fünf Transparenten konnten die Bürger Kreuze neben politischen Streitpunkten verteilen. Die meisten verteilten sie nebst der Aussage: „Es ist schon ein Skandal, dass sie dann genau bei Hartz W-Empfän-



gen Hartz-IV-Gesetze protestierten mehr als 200 Menschen. Aufgerufen hatten das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit und der Volksverein. RP-FOTO: IILNGR

gern kürzen", gefolgt von der Aussage: „Rente mit 67 heißt für alle, die nicht so fit sind: Kürzungen hinnehmen.“ Dabei notierten die Bürger auch eigene Forderungen, wie: „Reichensteuer erhöhen“; „Mehr Kompetenz in der Politik und für behinderte Menschen“; „Von 40

Stunden Arbeit leben können“. Stephanie Pfeiffer, stellvertretende Geschäftsführerin der Gewerkschaft verdi, Bezirk Linker Liederrhein, zeigte sich erfreut über die rege Beteiligung. „Es ist schön zu sehen, dass so viele Mönchengladbacher Position beziehen.“ Vor den 200

eintreffenden Demonstranten hielt sie die Abschlusskundgebung unter dem Motto: „Gerecht geht anders.“

„Überraschend waren die Pläne der Bundesregierung nicht. Aber die Art und Weise, wie sie den Familien das Geld aus der Tasche ziehen, ist schamlos“, rief Pfeifer von der Treppe zum alten Stadttheater. Sie sprach von einer „Politik der sozialen Kälte“ und kritisierte mit Blick auf die Kürzungen bei Hartz-W-Empfängern: „Pflichtleistungen werden zu Ermessungsleistungen.“ Arbeitsmaßnahmen wie Ein-Euro-Jobs, Kurzarbeit oder Niedriglöhne nannte sie „moderne Sklaverei.“

In der Gesundheitsreform sieht sie einen „Weg in eine Zweiklassen-Medizin“: „Arbeitgeber bleiben von den Zusatzbeiträgen befreit. Das ist eine Kopfpauschale durch die Hintertür“, beklagte sie.

Pfarrer Edmund Erlemann, der die Protestaktion mitorganisiert hat, sagte: „Es haben mehr Menschen teilgenommen, als wir gedacht hätten. Das macht mir Mut, weiterzumachen.“ Für nach den Ferien ist eine Mahnwache geplant.